

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Sdbd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, sowie von jedem soliden Expediteur entgegen genommen.

Inserate (in der Expedition anzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicesters-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Unser Parteiprogramm.

VI.

(Schlußartikel.)

Wir haben, wie unsere Leser wissen, diese Artikel über unser Parteiprogramm in Anknüpfung an die jüngst von uns veröffentlichte interessante Arbeit eines Mitgliedes des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Bereins geschrieben. Wir haben unsere Ansichten über die Lage und die von uns einzuhaltende Richtung der Agitation selbstständig entwickelt, und es mag nun einem jeden überlassen bleiben, zu vergleichen, in wie weit wir mit dem Herrn Verfasser der erwähnten Arbeit einverstanden sind und in wie weit dies nicht der Fall ist. Wenn wir unsererseits davon absehen, unsere Ansichten in wenige kurze Sätze in Form eines eigentlichen Programmes zusammenzufassen, so geschieht dies darum, weil es unseres Erachtens Sache der demnächst in Erfurt zusammentretenden Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Bereins ist, ein genau formulirtes social-demokratisches Parteiprogramm zum Zwecke der Parlamentswahlen aufzustellen und wir hierin der Generalversammlung nicht vorgreifen wollen. Doch glauben wir, daß die von uns aufgestellten Grundsätze und entwickelten Ergebnisse die vom bleibenden Parteistandpunkte der jetzigen Lage gegenüber einzigen richtigen sind.

Jedoch können wir diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne noch vor einem Mißverständnisse zu warnen, in welches auch der Herr Verfasser der mehrerwähnten Arbeit einigermassen verfallen zu sein scheint.

Sicherlich ist nämlich die Stellung der preussischen Regierung zu Deutschland eine tiefgehende Aenderung vor sich gegangen; allein diese Aenderung hat nur in national-einheitlicher, nicht in freiheitlicher Beziehung stattgefunden, und, da Beides in inniger Wechselbeziehung steht, so hat man diesen Unterschied auch für die nationale Frage festzuhalten. Eine tiefgreifende Aenderung allerdings ist da: ja, wir müssen fortan Preußens Regierung, wenn wir uns nicht in endlosen und ihren möglichen Erfolgen nach sehr zweideutigen Kämpfen erschöpfen wollen, als diejenige Macht betrachten, welche die nationale Einheit zu verwirklichen hat. Aber wir dürfen dabei nie vergessen, daß die maßgebenden Kreise Preußens vor wie nach conservativen sind, und daß dieser Umstand auch auf die nationale Frage dahin zurückwirkt, daß diese Kreise

mehr ein großes Preußen als ein großes Deutschland anzustreben geneigt sind. Wir haben also sicherlich die preussische Regierung gegen particularistische oder habsburg-dualistische Bestrebungen, wir haben sie vor Allem — und zwar hier mit der vollen Liebe und Gluth vaterländischen Gefühles — gegen etwaige Conflict mit einmischungsfüchtigen Anstand zu unterstützen. Aber wir haben bei all dem stets im Auge zu behalten, daß wir nicht einer freiheitlichen Volksregierung gegenüberstehen, und darum bleibe auf Schritt und Schritt, unbeirrt von trügerischen Lobpreisungen der Machthaber, in uns wach und rege jenes Palladium aller echten Volksparteien: das demokratische Mißtrauen. —

Politischer Theil.

Rundschau.

Berlin, 15. Dezember.

Zur deutschen Verfassungsfrage, soweit sich dieselbe auf die Staaten des Norddeutschen Bundes bezieht, schreibt die „Köln. Ztg.“, daß bei den einheitlichen Erfordernissen der künftigen norddeutschen Bundesverfassung die Diplomatie niemals vorwiegend betont worden sei. Preußen werde wahrscheinlich, wenigstens in erster Linie kein besonderes Gewicht auf die unmittelbare Concentration der diplomatischen Vertretung legen, zumal diese, wie Englands Beispiel in Dresden gezeigt hat, sehr bald sich von selbst ergeben muß. Sachsen würde danach immerhin einen Gesandten in Paris halten können. Dieser würde aber, wohlverstanden, mit Bundes-Angelegenheiten sich nicht zu befassen haben. Die diplomatischen Geschäfte des Norddeutschen Bundes würden wohl ohne Zweifel von den preussischen Gesandten und Botschaftern an den auswärtigen Höfen allein versehen werden. — Wir haben jüngst der Bestrebungen der deutschen (preußenfreundlichen) Partei in Württemberg lobend Erwähnung gethan und können heute ein Gleiches in Betreff derselben in Bayern thun. Nach dem von der neuesten Nummer der „Wochenschrift der bayerischen Fortschritts-Partei“ veröffentlichten Programm nimmt dieses Blatt in der deutschen Politik die Ecklinie zur Richtschnur, welche im offenkundigen Einverständnis mit den Parteigenossen im Lande die Linke der bayerischen Abgeordneten-Kammer bei ihrer jüngsten Zusammenkunft zur Grundlage ihres parlamentarischen Wirkens erhoben hat, deren Sätze lauten:

1) Wir verwerfen die Zerstückung Deutschlands nach Nord und Süd und die Bildung des süd-west-deutschen Bundes. Wir erstreben ein unter Parlament und einheitlicher Centralgewalt geeinigtes Vaterland mit Auto-

nomie seiner Glieder in ihren besonderen Angelegenheiten und mit gesicherten Freiheiten des Volkes. 2) Um einen Anhaltspunkt zur Erreichung dieses Zieles zu gewinnen, werden wir uns, wenn auch die Gesetze und Einrichtungen des im Norden Deutschlands in der Gründung begriffenen Bundes sich anfänglich noch als mangelhaft darstellen und ihre Verbesserung erst erkämpft werden muß, dadurch nicht abhalten lassen, sobald der Eintritt der Südstaaten in diesen Bund überhaupt möglich sein wird, auf den Eintritt Bayerns zu dringen. 3) So lange eine organische politische Verbindung des Südens mit dem Norden nicht erreicht ist, erachten wir die Herstellung eines engen Bündnisses mit Preußen für die dringende Aufgabe der bayerischen Politik und verlangen die Erhaltung des Zollvereins unter Umgestaltung seiner Verfassung mit Gewährschaften für die Stetigkeit und Entwicklung seiner Einrichtungen. 4) Ungeklärte Erhaltung des deutschen Gebietes und Abwehr aller Einmischung des Auslandes ist Pflicht des bayerischen wie jedes deutschen Staates. Sollte eine auswärtige Macht deutsches Gebiet bedrohen, so verlangen wir den sofortigen Anschluß Bayerns an die norddeutsche Kriegsmacht. Selbst gemeinschaftlicher Vertheidigung unter preussischer Führung.

Diejenigen Süddeutschen aber, welche noch immer nicht zum Verständniß der Nothwendigkeit einer Verständigung zwischen Nord und Süd auf der nun einmal (durch Preußen) gegebenen Basis gelangen konnten, möchten wir auffordern, sich in der Presse des Auslandes, sowohl des deutschen als der fremden, nur mit Mißgunst betrachtenden als des ihnen wohlwollend gesinnten, eines Besseren zu belehren. In ersterer Hinsicht verweisen wir sie auf die französische, in letzterer auf die englische Presse. Wir führen heute aus dieser nur eine Meinungsäußerung der „Times“ an, welche die Correspondenz zwischen dem Prinzen Albert und König Friedrich Wilhelm IV. besprechen. Das Blatt weist u. A. darauf hin, daß die Feindschaft im Süden bereit sei, bis zu dem Außersten einer französisch-österreichischen Allianz zu gehen, und fährt dann fort:

Wir lassen uns durch diese allarmirenden Nachrichten nicht irre machen. Preußen hat noch immer eine starke Stellung und im Lager seiner Widersacher herrscht hilflose Unentslossenheit. Nicht wenig ist vom norddeutschen Parlament zu hoffen. Dreißig Millionen Deutsche werden wieder einmal an einer Bundesverfassung arbeiten. Wenn so etwas wie praktischer Verstand, Selbstverleugnung und echter Patriotismus noch im Lande zu finden ist, wird die Schlacht nicht nur für den Norden sondern auch für den Süden gewonnen werden. Die größeren Massen haben die Kraft, die leichteren Körper anzuziehen. Wenn Preußen seine Schwierigkeiten hat, so befindet sich Bayern in weit größerer Verlegenheit, und Herr v. Veit hat sich bis jetzt auch noch nicht als einen zuverlässigen Steuermann am Ruder Oesterreichs bewiesen. Es mag „ländlich“ sein, wie Prinz Albert dachte, „die Individualitäten der Völker zu verwechseln“, aber es ist nöthig, „Staaten und Völker praktisch als ein wirksam konstituirtes Ganzes zu nehmen.“ Die beiden Zwecke zu erreichen, ist augenscheinlich eine höhere Aufgabe, als die Staatsmänner von 1848 voransahen. In der That, ohne ungeheure Festigkeit von Seiten Preußens und eben so große Schmiegsamkeit von Seiten Sachsens, Hannovers und anderer Staaten wird sie ganz und gar

unmöglich werden. Die Deutschen, das ist leicht zu gewahren, wissen kaum, in welchem gefährlichen Spiel sie begriffen sind. Sie vergessen, welche gewaltige Heinde sie im Osten und Westen haben, und doch sind ja noch Menschen am Leben, die sich der Zeit erinnern, als Sachsen, Bayern und das Rheinland ein offenes Schlachtfeld für französische und russische Heere waren.

Zu Betreff der nord-schleswigschen Frage glaubt man annehmen zu dürfen, daß dieselbe erst ihre Lösung nach vollzogener Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen finden, daß der preussische Landtag diesem Plane der Regierung nicht widerstreben werde. Eine Stimme aus Holstein spricht sich dahin aus, daß es Pflicht der preussischen Regierung sei, dafür Sorge zu tragen, daß bei der Abstimmung in Nordschleswig, die nach dem Prager Frieden nicht zu vermeiden sein wird, nur die wahre öffentliche Meinung zum Ausdruck gelange; dieses Resultat sei aber nur zu erzielen, wenn nicht unter dem Einflusse der dänischen Agitation abgestimmt würde. Als im hohen Grade wichtig wird die Bestimmung der Linie bezeichnet, von der nördlich die Abstimmung erfolgen soll, und welche Personen zu der letztern berufen werden. Dieser Punkt heißt es, wäre besonders ins Auge zu fassen, da bekanntlich unter den Diensthofen und Tagelöhnern im nördlichen Schleswig eine große Anzahl von Dänen sich befindet, welche gar nicht beabsichtigen, daselbst einen dauernden Aufenthalt zu nehmen, und es würde deshalb große Schwierigkeiten haben, die wirklichen Angehörigen des Herzogthums Schleswig von denen zu sondern, welche zur Zeit nur noch aus Interesse als Schleswiger sich geriren. „Dies Alles,“ schließt der Bericht, „sollte die auswärtige Presse, insonderheit die französische, sich vergegenwärtigen. Es würde dann auch ihr, wie allen Sachkundigen, einleuchten, daß eine Ueberstärkung in dieser Frage die wichtigsten nationalen Interessen gefährden würde. Ein hierin begangener Fehler läßt sich nicht wieder redbessern. Man sollte es daher der preussischen Regierung danken, wenn sie hier mit der größten Sorgfalt und Umsicht zu Werke geht und alle störende Einflüsse zu beseitigen sucht.“ — Die preussischen Dotationen sollen nach dem „Pres. Journ.“ in der Weise vertheilt worden sein, daß Graf Bismarck, v. Roon und v. Moltke je 300,000 Thlr., und Herwarth v. Bittenfeld und Vogel v. Falkenstein je 200,000 Thlr. erhalten haben. — Ein Correspondent der Wiener „Presse“ in München erzählt über die Ministerkrisis in Bayern, „daß nunmehr die mit dem Fürsten Hohenlohe angeknüpften Unterhandlungen bezüglich seines Eintrittes in das theilweise umzubildende Gesamnt-Ministerium zu einem definitiven Abschlusse gelangt sind“; jedoch wird der „Zukunftminister“ das Portefeuille des Aeußern erst nach Schluß des demnächst zu berufenden Landtags übernehmen, und Bayern

hat somit Hoffnung, sich den Freiherrn v. d. Pforten mindestens noch bis zum nächsten Frühjahre erhalten zu sehen. Nach einem Münchener Telegramm, vom 13. d., dagegen hat Herr v. d. Pforten dem Könige bereits ein Entlassungsgesuch eingereicht, aber noch keine Entlassung erhalten. — Nach einer Meldung der „Wiener Abendpost“ hat Preußen eine baldigste Inangriffnahme der Regelung der preussisch-österreichischen Handels- und Zollangelegenheiten in Aussicht gestellt. — Oesterreichischen Blättern zufolge steht bei dem Grafen Belcredi der Entschluß fest, eine „mit allen Attributen eines Parlamentes ausgerüstete“ Vertretung der Länder diesseits der Leitha einzuberufen. — Das Bild der Wünsche Oesterreichs läßt sich nun vollständig übersehen. Ein wirres, unlösbares Durcheinander! Die Polen verlangen, daß der Pan-slawismus auf die Fahne des Systems geschrieben werde, die Ungarn wollen die Führung in Oesterreich, die Czechen proclamiren die Gleichberechtigung der Czechischen und Ungarischen Staatsrechte, die Ruthenen drohen, auf Rußland hinweisend, mit Auswanderung, die Deutschen wollen den natürlichen Zusammenhang mit ihren Deutschen Brüdern im Reiche erhalten, und selbst Kaiserfeld deutete in seiner Rede ziemlich unverblümt an, was geschehen würde, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die Deutschen in Oesterreich ihrer natürlichen Rechte zu berauben. Und bei alledem soll nach dem Grafen Belcredi die „Bahn frei sein!“ Unterdeffen kommt die äußere Gefahr durch das Heranrücken der orientalischen Frage immer näher, und allem Anscheine nach ist die Mission des nach Wien gefandten serbischen Staatsraths Marinowic nur geeignet, die Hineinziehung Oesterreichs in die orientalische Frage, die man so gern vermeiden möchte, zu bewirken.

Im französischen Ministerium des Aeußern ist man bereits mit der Sammlung der Materialien für das „Blaue Buch“ beschäftigt, das den Kammern beim Beginn der Session vorgelegt werden wird. Die wichtigsten Documente desselben werden die deutsche und römische, sowie die Frage der Donaufürstenthümer betreffen.

Eine Ansprache, welche der Pabst an die französischen Officiere in Rom gehalten hat, soll auf Napoleon einen schlimmen Eindruck gemacht haben. Er soll nun nicht mehr gestatten wollen, daß sich die Kaiserin nach Rom begiebt. Was ihn besonders erregt haben soll, ist der Umstand, daß der Pabst von Napoleons schlechtem Gesundheitszustande und seinem Gewissenbissen zu sprechen gewagt hat. — Die „Nation“ versichert, daß am 15. v. M. ein Consistorium stattfinden soll, in welchem der Pabst eine wichtige Allocution erlassen wolle. Außerdem wird dem „Wanderer“ aus Rom die Skizze

eines Circularschreibens mitgetheilt, welches bereits im Quirinal gedruckt wird, und von Antonelli in den nächsten Tagen an die katholischen Mächte versendet zu werden. In demselben wird die Räumung des päpstlichen Gebiets von den Franzosen, unter Hinweisung auf die veröffentlichte diplomatische Correspondenz, als eine Forderung des Vaticans hingestellt. Die von Seiten der „Revolutionäre“ verbreiteten Gerüchte von einer beabsichtigten Flucht des Pabstes werden als gänzlich aus der Luft gegriffen dargestellt; der Pabst, heißt es, bleibe in Rom und er fühle sich stark genug, um für die innere Sicherheit des Landes Sorge zu tragen; die Einkünfte des Staates, mit Hinzurechnung des reichlich fließenden Peterspfennigs, seien ausgiebig genug, um den Haushalt ordentlich führen zu können, und sollte der heilige Stuhl nicht eine erneuerte Invasion von Seiten Piemonts erfahren müssen, so hätte der Pabst nicht die mindeste Ursache, die Gräber der heiligen Apostel zu verlassen. Dagegen werde die bisherige Richtung des Vaticans aufrecht erhalten. Nichts könne Se. Heiligkeit bewegen, sich in Unterhandlungen über Veräußerung seiner Rechte als souveräner Fürst einzulassen. Am Schlusse der Depesche wird auf die Gerüchte von Vorschlägen, die in Betreff der neuern Reformen im Kirchenstaate gemacht worden seien, hingewiesen und bemerkt, diese Reformen seien von jeder Gegenstand der aufachtigen und väterlichen Sorgfalt Sr. Heiligkeit gewesen; als Beweis dafür möge die Initiative des Pabstes im Jahre 1847 betrachtet werden.

Am 10. Dezember wurde in St. Denis eine „geheime Presse“ mit Beschlagnahme belegt, auf welcher im Auftrage Prim's ein spanisch-revolutionäres Journal in französischer Sprache gedruckt wurde. Dasselbe wurde an alle politischen Flüchtlinge aus Spanien vertheilt und gleichzeitig nach den spanischen Colonien versandt. Bei dem verbannten spanischen Deputirten Segasta und dem ehemaligen Insurgentenchef Pierrat, beide in St. Denis wohnhaft, fand gleichzeitig eine Hausdurchsuchung statt, bei der mehrere sehr compromittierende Entwürfe von Proclamationen, sowie gedruckte Briefe gefunden wurden, welche zu Geldsendungen aus Spanien für die Zwecke der revolutionären Propaganda dienten. Auch eine Vollmacht Prim's auf Abschluß eines Revolutions-Anlehens im Betrage von 5 Millionen Franken wurde mit Beschlagnahme belegt.

Aus Mexiko liegen wieder einige Angaben aus dem „Moniteur“ vor, welche den Beginn des Abzuges der Expeditionstruppen andeuten und durchblicken lassen, daß Frankreich mit Nordamerika in vollem Einverständnisse handle. Dies läßt sich auch aus einer Verfügung entnehmen, welche der juristische General Porfirio Diaz zum Schutze der

Feuilleton.

Ein social-politischer Tendenzroman in der Bourgeoisienpresse.

(Fortsetzung.)

Weiter fährt das inbegriffene Blatt in seinen Ausführungen und Andeutungen fort:

Leo's zweites Gespräch mit dem König ist eben so charakteristisch für diesen wie für ihn, als das erste. „Wissen Sie, daß ich mit Ihnen recht unzufrieden bin?“ sagte ihm der König. „Sie hätten mir nicht zu der Reise rathen sollen! Was habe ich darüber hören müssen! Noch heute wieder vom Prinzen! Mich wundert nur, daß sie mir nicht den Kopf vor die Füße legen. Jetzt bringen Sie mir die Schreier wieder zur Ruhe!“

„Was wagt man Ihnen vorzuwerfen, Majestät?“ „Mein Gott, ich bin eben das Karnikel, das an Allem Schuld ist. Ich hätte es nie so weit kommen lassen dürfen, oder, nachdem es einmal zum Kriege gekommen war, mich sofort einmischen sollen. Jetzt, nachdem unsere lieben Freunde Schlüge gekriegt haben, ist vollends der Kuckuk los. Nun bin ich ein Verräther an Allem, was heilig ist, wenn ich nicht in 24 Stunden den Ritter spiele, der zum Urtigen Komps hinauszieht.“

„Und was haben Majestät beschlossen?“ „Sie fragen mich, als ob über dergleichen zu beschließen Butterbrot essen wäre. Beschließen! Ich wollte nur, Sie hätten auch die Verantwortung zu tragen, mein

lieber Herr von Gutmann, da würde Ihnen ein wenig anders zu Rube sein. Aber so freilich ist weit davon ungeheuer gut vor dem Schuß.“ Der König suchte bei diesen Worten sich die Miene überlegener Weisheit zu geben, doch vermied er es, Leo anzublicken, auch als er jetzt in ärgerlichem Tone sagte: „Ja, mein Gott, nun stehen Sie da, wie die Stimme von Portici! Sprechen Sie, reden Sie, was soll ich thun?“

„Gar nichts, Majestät, oder — Alles.“ „Nur keine Orakelsprüche, mein Lieber, und keine geistreichen Zweideutigkeiten, dazu ist heute keine Zeit.“ „Ich wollte nur kurz sein, Majestät, nicht dunkel. In der That gibt es kein Drittes, denn dieses wäre der Krieg, wie ihn der Prinz und seine Partei will, und ich finde es sehr begreiflich, daß Majestät davon nichts wissen wollen.“

„Gewiß will ich davon nichts wissen,“ rief der König. „Das fehlte mir noch! Ich habe schon genug an dem Säbelgerassel gehabt; wenn nun gar die Plempe erst gezogen ist, wird es nicht mehr zum Aushalten sein. Den Prinzen an der Spitze seines Heeres, damit ich hernach mein Lebelang hören werde, wie er auslag und seine Kitzge lährtete! Nein! So ein Krieg zum Besten meines Herrn Betters und seiner Cavallerie-Officiere — dafür danke ich.“

Die Stirne des Königs hatte sich bei den letzten Worten mit einer lebhaften Röthe bedeckt; seine helle Stimme hatte einen freischenen Ton angenommen. Leo glaubte seines Erfolges gewiß zu sein. Er sagte schnell: „Ich kann Er. Majestät nicht widersprechen; im Gegentheil; ich sehe in einem solchen Kriege die allererfnste Gefahr für den König. Der zurückkehrende Sieger würde den Platz neben dem Throne viel zu

niedrig finden, der Uebermuth der Officiere würde keine Grenzen mehr kennen.“

„Sie meinen, man würde mich zwingen wollen, abzuhängen! Was?“

In der Miene des Königs lag eben so viel Angst als Haß. Leo suchte die Achseln und machte sodann den König auf die Folgen einer möglichen Niederlage aufmerksam.

„Ja und dabei könnte man leicht aus dem Regen in die Traufe kommen. Die Nachricht von einer Niederlage würde mir Kretchi und Plethi auf den Hals ziehen. Sie würden hier wieder um das Schloß herum stehen in unabsehbaren schwarzen Massen — gerade wie —“

Der König schob und warf sich wie ein Fieberkranker in seinem Stuhl herum.

„Und her kriegt man sie wohl, aber wieder weg von hier! Das ist es. Das würde viel Mühe und Kopfschmerzen kosten, und am Ende gingen sie nicht einmal gutwillig.“

„Ich glaube schmerzlich, Majestät.“

„Sie glauben, sie gingen nicht? Ich müßte sie mit blutigen Köpfen wegschicken? Wollen Sie das sagen?“

„Ich bin davon überzeugt. Die Böller sind jetzt so gestunt, daß sie ein großes Unglück ihrem Herrscher nimmer vergeben würden. Der Herrscher, der jetzt das Schwert zieht, setzt Alles auf's Spiel, er ist dem Salut public noch ganz anders verantwortlich, als in früheren Zeiten; und ein Bobfsabris-Ausschuß würde sich bald finden.“

„Und das wagen Sie mir zu sagen, mir?“ rief der König mit bleichen Lippen. „Herr, vergessen Sie nicht, daß Sie zum Könige sprechen, vergessen Sie das nicht!“

„Nicht eher, Majestät, als bis der König selbst es